

## Antwort

des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)  
– Drucksache 17/4886 –

### Abschiebungen Ausländerbehörden Stadt Koblenz und Rhein-Lahn-Kreis II

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/4886 – vom 16. Dezember 2017 hat folgenden Wortlaut:

Laut der Antwort auf die Kleine Anfrage – Drucksache 17/3936 – wurden zum Stichtag 30. Juni 2017 von der Ausländerbehörde des Rhein-Lahn-Kreises von 240 vollziehbar ausreisepflichtigen Personen nur sieben Personen tatsächlich abgeschoben. Von der Ausländerbehörde der Stadt Koblenz wurden von 243 vollziehbar ausreisepflichtigen Personen nur zwei Personen abgeschoben. Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Bedienstete waren in den Jahren 2016 und 2017 bei den Ausländerbehörden der Stadt Koblenz und dem Rhein-Lahn-Kreis beschäftigt, und wie hoch ist das Verhältnis von Bediensteten und der Anzahl von Fällen bei den Ausländerbehörden der Stadt Koblenz und dem Rhein-Lahn-Kreis in den Jahren 2016 und 2017?
2. Wie erklärt sich die Landesregierung die geringe Anzahl von abgeschobenen vollziehbar ausreisepflichtigen Personen bei den Ausländerbehörden der Stadt Koblenz und des Rhein-Lahn-Kreises?
3. Wie wird die Landesregierung die Arbeit der Ausländerbehörden der Stadt Koblenz und des Rhein-Lahn-Kreises unterstützen?

Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 11. Januar 2018 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Nach Angaben der Stadtverwaltung Koblenz haben im Dezember 2016 in den Sachgebieten Aufenthalt, Asyl und Service Point insgesamt 14 Personen gearbeitet (teilweise Teilzeitkräfte). Im Dezember 2017 waren dies 19 Personen, davon sechs Teilzeitkräfte.

Im Dezember 2016 waren bei der Stadt Koblenz insgesamt 13 599 ausländische Personen mit Hauptwohnsitz gemeldet. Im November 2017 waren es 14 568 Personen.

Die Angaben der Ausländerbehörde der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Stichtag	Zahl der Beschäftigten	Zahl der im Rhein-Lahn-Kreis lebenden Ausländerinnen und Ausländer
31. Dezember 2016	9,5 Vollzeitstellen	9 844
30. November 2017	10,5 Vollzeitstellen	10 275

Angaben zur Fallbelastung können von den Ausländerbehörden nicht gemacht werden.

Zu Frage 2:

Hier wird auf die Antwort auf die Kleine Anfrage Drucksache 17/3936 (Antwortdrucksache 17/4178) zu Frage 5 verwiesen. Der überwiegende Teil der Rückführungen erfolgte im Wege der freiwilligen Ausreise. Die geringe Anzahl der Abschiebungen ist mit der hohen Anzahl von freiwilligen Ausreisen zu erklären.

Zu Frage 3:

Wie bereits in der Antwort auf die Kleine Anfrage Drucksache 17/2108 (Antwortdrucksache 17/2319) zu Frage 6 ausgeführt, unterstützt das Land die Ausländerbehörden im Bereich der Aufenthaltsbeendigung durch die landesweit bei der Stadtverwaltung Trier eingerichtete Zentralstelle für Rückführungsfragen (ZRF). Die ZRF steht den Ausländerbehörden mit einem breit angelegten Erfahrungswissen und Handlungskompetenzen zur Seite. Sie leistet notwendige Hilfestellungen u. a. bei der Passbeschaffung

b. w.

für ausreisepflichtige Ausländerinnen und Ausländer, übernimmt die Identitätsklärung der Betroffenen und unterstützt die Ausländerbehörden in schwierigen Einzelfällen, sei es durch eine Beratung in Rechtsfragen, bei der Stellung von Haftanträgen, der Beseitigung von Abschiebungshindernissen, im Vollzug oder Sonstiges. Auch liefert die ZRF wichtige Informationen über die Heimatländer der Betroffenen und koordiniert die Teilnahme der rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden an bundesweiten Sammelcharterflügen und EU-Rückführungsflügen.

Im Übrigen werden den Ausländerbehörden von dem für die Fachaufsicht zuständigen Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz konzeptionelle Vorgaben sowie Hinweise für den Vollzug der Aufenthaltsbeendigung im Erlasswege durch entsprechende Rundschreiben an die Ausländerbehörden an die Hand gegeben (siehe Antwort auf die Große Anfrage 17/2261 – Drucksache 17/2711 zu Frage 29). Darüber hinaus wurde die Fachaufsicht bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier intensiviert.

Anne Spiegel  
Staatsministerin